

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- Drucksachen 11/5900, 11/6322 -



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Berichterstatlerin Abgeordnete Marie-Luise Morawietz SPD

Beschlußempfehlung

Der Ausschuß empfiehlt, den sich aus dem Bericht ergebenden Antrag abzulehnen.

Bericht

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 26. November 1993 neben Änderungsanträgen zum Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - auch Anträge zu Haushaltstiteln anderer Einzelpläne beraten, die einen unmittelbar frauenpolitischen Bezug haben.

Der Antrag zum Einzelplan 02 mit Begründung und Abstimmungsergebnis ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Marie-Luise Morawietz
Vorsitzende

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Frauenpolitik**

zum Einzelplan 02

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p>Kapitel 02 020 Titel 529 72 Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 1 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Mittel werden zweckgebunden eingesetzt für Maßnahmen zugunsten von weiblichen Gewaltopfern in Krisengebieten."</p> <p>Begründung: Militärs setzen Massengewalttätigkeiten von Frauen systematisch als Mittel der psychologischen Kriegsführung ein. Das hat sich im jugoslawischen Bürgerkrieg gezeigt, das wurde auch deutlich in anderen Krisengebieten, beispielsweise in Somalia. Frauen, die flüchten konnten, haben trotz ihres Entkommens unter moralischen und religiösen Vorschriften zu leiden; sie werden massiv - auch materiell - diskriminiert und können ihre Erlebnisse nicht verarbeiten. Als "Tropfen auf den heißen Stein" soll hier eine humanitäre Hilfsaktion des Landes NW ansetzen: Den vergewaltigten Frauen und Kindern sollen Hilfsangebote zur psychischen und physischen Verarbeitung von Kriegserlebnissen gemacht werden; mit den Frauen gemeinsam soll ihre soziale und materielle Situation verbessert werden. Eine langfristige Lebensbegleitung wird bei vielen Frauen notwendig sein.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags

B/A

- Anlage zu Vorlagen 11/2603
11/2604
11/2605
11/2606
11/2607

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1994

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Anlage: Änderungen bei den Ansätzen

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
02 050 684 10	Landeszentrale für politische Bildung Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad- Adenauer-Stiftung, der Wolfgang- Döring-Stiftung, der Karl-Arnold- Stiftung, der Josef-Hermann-Dufhues- Stiftung und der Ökologie-Stiftung Verpflichtungsermächtigung unver- ändert.	5.340.000	-		5.340.000

Die Erläuterung zu diesem Titel wird um folgenden Satz ergänzt:

"Die Verteilung der Zuwendungen erfolgt nach dem Verteilerschlüssel 3:3:1:1. Dabei entfallen 3 Teile auf die Friedrich-Ebert-Stiftung; 3 Teile insgesamt auf die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Karl-Arnold-Stiftung und die Josef-Hermann-Dufhues-Stiftung; 1 Teil auf die Wolfgang-Döring-Stiftung und 1 Teil auf die Ökologie-Stiftung NRW."

Einzelplanabschluß unverändert.